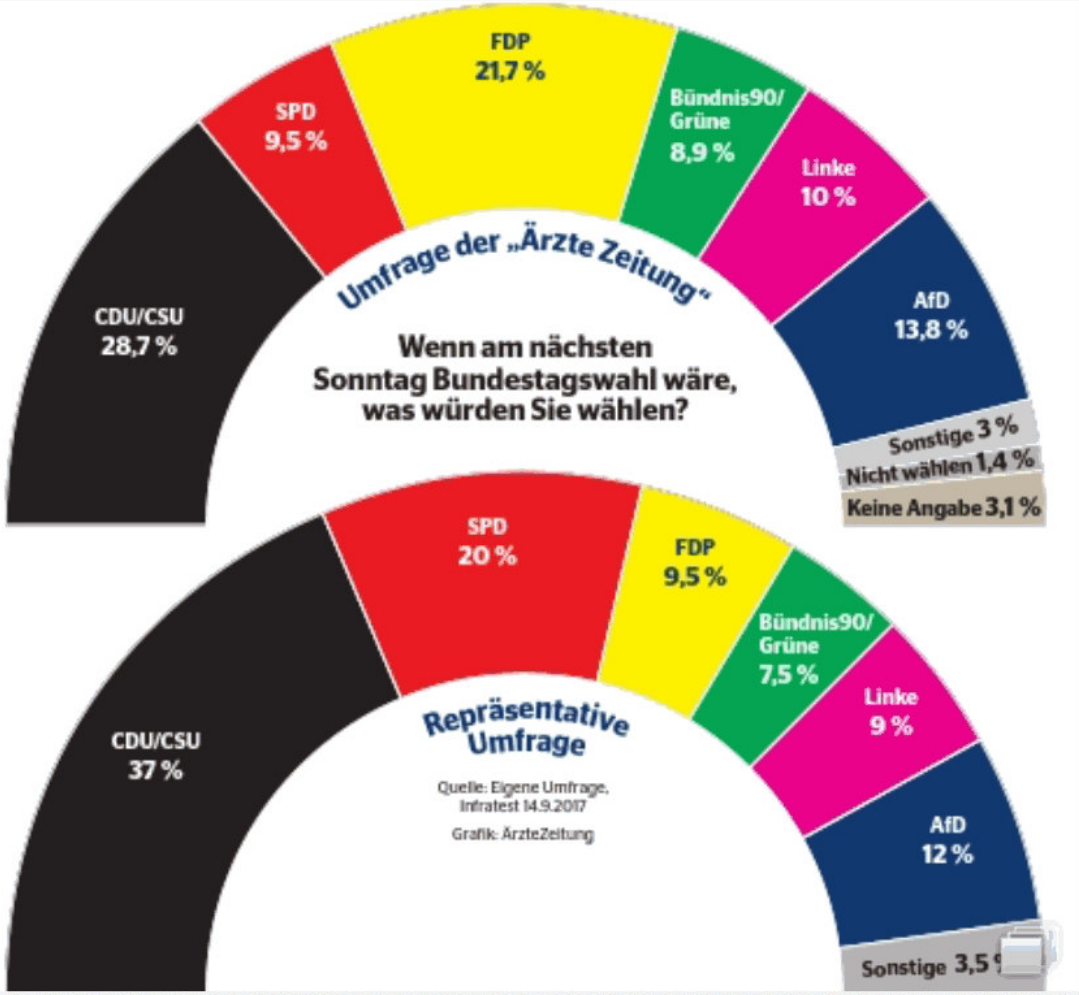
Ärzte zeigen der großen Koalition die rote Karte

Union und SPD sind die großen Verlierer bei einer Leserumfrage der „Ärzte Zeitung“: Nach dem Ergebnis der Sonntagsfrage hätten die Volksparteien bei Ärzten keine Mehrheit im nächsten Bundestag.

Von Helmut Laschet



BERLIN. Schlechte Noten für Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe: Für überwiegend unwirksam halten die Teilnehmer an der Leserumfrage der „Ärzte Zeitung" eine Vielzahl der Gesetze, die der CDU-Politiker in der ablaufenden Legislaturperiode eingebracht hat. Beispiel E-Health-Gesetz: Den Fristen für eine Telematik-Infrastruktur bescheinigen fast zwei Drittel (63,2 Prozent) fehlende Wirksamkeit. Bei der Niederlassungsförderung beklagen 58 Prozent fehlende Effektivität.

An der Umfrage von Ende Juli bis zum 13. September haben sich 1545 Leser überwiegend online beteiligt – vor vier Jahren waren es 993. Die Umfragen sind zwar nicht repräsentativ, ermöglichen aber aufgrund wachsender Beteiligung eine Trendaussage.

Zur Sonntagsfrage: CDU/CSU kommen bei den Umfrageteilnehmern auf 28,7 Prozent, in der letzten repräsentativen Umfrage von Infratest waren es am vergangenen Donnerstag 37 Prozent. Die SPD kommt bei Lesern der „Ärzte Zeitung" auf 9,5 Prozent, bei Infratest auf 20 Prozent. Die traditionell zu den Favoriten der Ärzte zählende FDP erreicht 21,7 Prozent, Infratest nennt für die Gesamtwählerschaft 9,5 Prozent. Bündnis 90/Grüne dürfen laut Umfrage mit 8,9 Prozent rechnen, in der Gesamtbevölkerung mit 7,5 Prozent. Die Linke erhält in der ÄZ-Umfrage zehn Prozent, in der Gesamtwählerschaft neun Prozent. 13,9 Prozent der Ärzte wollen die AfD wählen, unter allen Bürger sind es zwölf Prozent. Die AfD erzielte allerdings schon in der Leserumfrage 2013 zwölf Prozent. Die FDP schneidet besser ab als 2013 mit 17 Prozent. 2009 votierten sogar 56 Prozent in der Leserumfrage liberal.

Eindeutig ist die Positionierung der Umfrageteilnehmer zur erwünschten Koalition: Die Wiederauflage des Bündnisses von Union und SPD ist mit 10,6 Prozent die unbeliebteste aller Varianten. Präferiert wird eine Koalition von Union und FDP (46 Prozent). Einem rot-rot-grünen Bündnis würde mit 18,8 Prozent der Vorzug vor einer Jamaika-Koalition (11,5 Prozent) gegeben.

Das Votum bei der Kanzlerfrage: 54 Prozent entscheiden sich für Angela Merkel (CDU), 16.8 Prozent für Martin Schulz (SPD). Gefragt wurde auch nach dringlichen Reformen in den nächsten vier Jahren. Oberste Priorität hat demnach eine konsequente Präventions- und Diabetes-Strategie (74 Prozent dafür). 63 Prozent plädieren für die Abschaffung der Arznei- und Heilmittelregresse .

Lesen Sie in unserem Wahl-Spezial eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse. Außerdem eine Synopse der gesundheitspolitischen Programme jener Parteien, die voraussichtlich im nächsten Bundestag vertreten sein werden.

- **Kandidaten im Blick,** Parteiprogramme unter der Lupe: Mit der „Ärzte Zeitung“ sind Sie zur Wahl informiert.

Das Wahl-Special finden Sie unter

www.aerztezeitung.de/bundestagswahl2017